

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Die Geschichtswissenschaft in der Vereinigungskrise

Berliner Debatte Initial: Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1991) : Die Geschichtswissenschaft in der Vereinigungskrise, Berliner Debatte Initial: Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, ISSN 0863-4564, Berliner Debatte Initial, Berlin, Iss. 2, pp. 132-136

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123047>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

Die Geschichtswissenschaft in der Vereinigungskrise *

I Die DDR-Geschichtswissenschaft war eine Geschichtswissenschaft in der Diktatur. Davon wurde sie tief beschädigt. Ihr fehlte das unabdingbare Maß an Autonomie. Die Auswahl des Personals geschah unter starker Berücksichtigung politischer Loyalitätskriterien, das bedeutete wissenschaftlichen Rationalitätsverlust. Reise- und Informationsmöglichkeiten wurden arg beschnitten, eine gewisse Rückständigkeit war die Folge. Zensur und andere politisch-administrative Gängelung wirkten zusammen, mangelnde Mobilität und Flexibilität folgten daraus, oft auch ein Mangel an Motivation: es lohnte nicht.

II Die Geschichtswissenschaft war dem DDR-System enger verbunden als die meisten anderen Kulturwissenschaften. Weil sich das System in hohem Maß historisch zu legitimieren versuchte, benötigte und pflegte es die Geschichtswissenschaft in besonderer Weise, als Legitimationswissenschaft. Daraus ergab sich mehreres. Die politische Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft war ausgeprägter als die der meisten anderen Kulturwissenschaften. Ihre Grundannahmen waren der Kritik entzogen. Es gab politisch bedingte Verbiegungen,

die vor allem im Bereich der neuesten Geschichte zur Geschichtsklitterung wurden. Die Zahl der Historiker war außerordentlich hoch und ist es weiterhin, mit charakteristischen Verzerrungen hin zur neueren und neuesten Geschichte wie auch zur Politikgeschichte. Viele Historiker an Schulen und Hochschulen hatten forschungsfremde Schulungsarbeit zu treiben, während die Forschung der Tendenz nach in reinen Forschungsinstituten konzentriert wurde.

III Aus all dem ergaben sich tiefe Prägungen und Schäden, die auch in der entstehenden gesamtdeutschen Geschichtswissenschaft als schwere Belastungen weiter wirken werden. Aber es gibt auch eine andere Seite. *Damit* die Historiker ihre besonderen Aufgaben im kommunistischen System wahrnehmen konnten, mußte dieses System ihnen erlauben, ein ganzes Stück weit nach ihren eigenen Regeln zu arbeiten, um als Wissenschaftler zu existieren und anerkannt zu werden, möglichst auch international. Überdies gilt, daß Historiker sich auch unter diktatorischen Bedingungen *als Wissenschaftler* verstehen und also institutionell, methodisch und inhaltlich gewisse Eigenständigkeit beanspruchen statt reine Propagandisten zu sein. Auch

die Geschichtswissenschaft in der DDR ist in ihrer Rolle als Legitimationswissenschaft nicht aufgegangen. Vor allem in den etwas politikferneren Bereichen ist ansehnliche empirische Arbeit geleistet worden, die auch in der Bundesrepublik und im Ausland Beachtung und Zustimmung gefunden hat – vor allem im Detail, weniger in den großen Linien. Hier gab und gibt es zahlreiche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Sie nahmen in den letzten Jahren zu. Überhaupt ist die DDR-Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren etwas weniger dogmatisch, etwas offener und auch interessanter geworden.

Das resultierende Gesamtbild ist also vielfältig, schwer auf einen Begriff zu bringen. Was ist zu tun? Nach dem Zusammenbruch des DDR-Systems und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik kann es nur noch eine, in sich allerdings vielfältige, deutsche Geschichtswissenschaft geben. Damit stellen sich schwierige Integrationsprobleme, zumindest auf drei Ebenen:

1. Auf der grundsätzlichen Ebene kann es kein Zusammenwachsen der beiden Wissenschaften auf *mittlerem Grund* geben, sondern das Ziel ist die *Verwirklichung* wissenschaftlicher Grundsätze auch in jenen Bereichen der DDR-Geschichtswissenschaft, in denen sie bisher nur mangelhaft verwirklicht waren und ständig verletzt wurden. Zu diesen Grundsätzen gehören: innere Pluralität statt Homogenität, institutionalisierte Kritik, Selbstkritik und Revisionsbereitschaft statt Dogmatismus, institutionell abgesicherte Autonomie statt Instrumentalisierung, die individuelle Verantwortung des Wissenschaftlers statt schädlicher Hierarchien, die Orientierung an der regulativen Idee der Objektivität statt Parteilichkeit.

Auch wenn solche Prinzipien nirgends hundertprozentig realisiert werden – auch nicht im westlichen Wissenschaftsbetrieb – ist die prinzipielle Verpflichtung auf solche Grundsätze wissenschaftlicher Rationalität *die* zentrale Voraussetzung der Zugehörigkeit zu einer Wissenschaftlergemeinschaft, die eben durch die Verpflichtung auf solche Grundsätze über sonstige Überzeugungsunterschiede der Mitglieder hinweg zusammengehalten wird. – Nun ist nicht zu sehen, daß von Historikern aus der (ehemaligen) DDR derzeit noch gegen solche universellen Grundsätze von Wissenschaftlichkeit theoretisch begründete Einwände kämen. Die seinerzeit gängige Abwertung dieses universellen Wissenschaftsbegriffs als »bürgerlich« scheint mit dem SED-System zusammengebrochen zu sein.

Doch bleiben riesige Glaubwürdigkeitsprobleme übrig. Wie lange, wie systematisch und programmatisch muß jemand jene Prinzipien verletzt haben, um sich als Wissenschaftler hoffnungslos diskreditiert zu haben? Wie lange wirkt die Gewöhnung an Anpassung nach? Was folgt daraus für die Anerkennung oder Nicht-Anerkennung durch Kollegen? Darüber braucht das Fach eine sehr offene Diskussion – wohl gemerkt nicht über politische Gesinnungen von Privatpersonen, sondern über die Wissenschaftlichkeit von Historikern, ausweislich ihrer vorliegenden Publikationen und ihres bekanntgewordenen beruflichen Verhaltens, und zwar öffentlich, nicht in Hinterzimmern oder hinter vorgehaltener Hand. Die Profession litte Schaden – und mit ihr die politische Kultur – wenn hier unter den Teppich gekehrt und sogleich zur Tagesordnung übergegangen würde.

2. Die Integration hat schwierige institutionelle und personelle Seiten. Dazu jetzt nur ein Gedanke: Das Gebot der inneren Vielfalt von Ansätzen und der auch kritischen Kommunikation zwischen ihnen gehört zu den zentralen Prinzipien unserer Wissenschaft, als Bedingung ihrer Leistungsfähigkeit. Daraus folgt als mittelfristig zu realisierendes Ziel die Pluralisierung von Ansätzen, die Aufbrechung von Homogenität, die Durchmischung von Wissenschaftlergruppen, neue Verflechtungen – was die ostdeutsche Seite unbestreitbar viel nötiger braucht als die westdeutsche. Das heißt: Dozentenaustausch, die möglichst schnelle Herstellung von überregionalen Arbeitsmärkten, die Öffnung des Verbandes für die Historiker aus der vergehenden DDR als Regel, so etwas wie ein Fiebiger-Programm¹ für die DDR, möglichst viele Um- und Neubesetzungen von Professuren, gemeinsame Projekte auf Zeit, neue institutionelle Verflechtungen zwischen West und Ost. Das kostet auch Geld. Aus Interesse an seiner politischen Kultur und seiner geistigen Zukunft wird das Gemeinwesen in diesem Bereich hoffentlich nicht geizen.

3. Im Rahmen der hoffentlich zunehmenden innerfachlichen Vielfalt kann man dann fragen, was denn die Historiker aus der bisherigen DDR an Methoden, Fragen und Ansätzen *spezifisch* und *bereichernd* in die allmählich entstehende gesamtdeutsche Geschichtswissenschaft einbringen können, über den nötigen Nachvollzug dessen hinaus, was sie bisher versäumt haben oder was ihnen bisher versperrt war. Hat vielleicht die jahrzehntelange Erfahrung der Diktatur nicht nur gelähmt, sondern auch

sensibilisierend gewirkt? Undogmatisch verwendet, können bekanntlich marxistische Ansätze sehr produktiv sein. Was bringen die DDR-Historiker in dieser Hinsicht mit? Marxistische Traditionen, die durch Dogmatismus und Diktatur nicht zutiefst diskreditiert wurden? Wir durchleben gegenwärtig eine Vereinigungskrise. Manchmal fördern Krisen die Innovationsfähigkeit. Entsteht in der DDR intellektuell derzeit Neues?

Die »Kosten« der deutschen Vereinigung sind nicht nur finanzieller Natur. Zu ihnen gehört auch der Zwang, mit der Gesellschaft und Kultur der bisherigen DDR bössartige Schäden und tiefe Verformungen zu absorbieren. Die Integration der bisherigen DDR-Geschichtswissenschaft ist aus der Perspektive der bisherigen Bundesrepublik vor allem eine Last und eine Aufgabe, deren Realisierung ihre Zeit brauchen wird.

Postskript

Die Vereinigung vollzieht sich als Integration – und Auflösung – der DDR in die Bundesrepublik, nach deren Regeln, nicht als Zusammenwachsen auf mittlerem Grund und nicht als Kompromiß zwischen beiden Systemen, aus dem ein Drittes, gar Besseres, hervorgehen könnte. Grundsätzlich ist das auch richtig. Zwar ist das bundesrepublikanische System alles andere als vollkommen. Es enthält Widersprüchlichkeit und Irrationalität, Ungerechtigkeiten und Häßlichkeiten, Unsicherheit und Entfremdung, es kennt Sieger und Verlierer, Nutznießer und Opfer. Aber es ist dem, was die DDR ausmachte, und dem, was von ihr übrigblieb, eindeutig überlegen. Und es wird von der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung weiterhin klar präferiert. Vor allem ist nicht zu sehen, wie die Schwächen des bundesrepublikanischen Systems durch Übernahme von einzelnen Bestandteilen des DDR-Erbes zu beheben sein sollten. Überzeugende Visionen von »dritten Wegen« haben sich nicht herauskristallisiert. Einzelnes, was in der Bundesrepublik unterentwickelt bleibt, in der DDR vorhanden war und erhaltenswert scheint, ist ohne andere, negative Systembestandteile nicht zu bewahren und nicht einfach umzutopfen. Überdies drängt die Zeit, Abstürze drohen, der Druck nimmt zu. Wer würde sich zutrauen, unter diesen Bedingungen ein recht arbeitsfähiges und sehr breit akzeptiertes Gesamtsystem wie das der Bundesrepublik grundsätzlich auf den Prüfstand und zur Disposition zu stellen, um alter-

native Zielvorstellungen zu entwickeln, die mehrheitlich getragen und durchsetzbar sind? Dazu ist die Situation teils zu krisenhaft, teils – für die Mehrheit – nicht krisenhaft genug. So läuft Politik nicht ab, schon gar nicht in der Demokratie.

Doch Zweifel bleiben. Die Ausbreitung des bundesrepublikanischen Systems in den neuen Ländern gelingt in einigen Bereichen sehr gut, in anderen weniger, weil dort die Voraussetzungen fehlen, die es zum Funktionieren braucht. An der abrupten Einführung des marktwirtschaftlichen Modells in einem darauf nicht vorbereiteten Umfeld läßt sich dies derzeit beobachten. Grundsätzlicher noch: Bedeutet die »Verwestlichung« der DDR, auch dort, wo sie möglich, vernünftig und wünschenswert ist, nicht immer auch Verlust von Selbständigkeit und Selbstbestimmung, die doch gerade – als Kern demokratischer Kultur – wiedergefunden und gestärkt werden soll? Dagegen melden sich ja auch – verständlicherweise, glücklicherweise – erste Proteste, besonders im kulturellen Bereich, und selbst die verbreitete Sprachlosigkeit vieler intellektueller aus der ehemaligen DDR läßt sich teilweise so deuten. Schließlich: Steht das System der Bundesrepublik, um dessen Verallgemeinerung es geht, nicht geradezu emphatisch für Vielfalt ein, und folgt daraus nicht, daß nicht alles über einen Leisten geschlagen und so eingerichtet werden muß, wie es in der alten Bundesrepublik war? Was gegenwärtig in der Wissenschaft, auch in der Geisteswissenschaft, geschieht, muß sich solchen kritischen Fragen stellen.

Die Begutachtung der *Wissenschaftsorganisation* in der ehemaligen DDR ist in vollem Gange und wird zweifellos zur Empfehlung tiefgreifender Strukturveränderungen führen, z.B. im Bereich der Institute, die bis vor kurzem zur Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) gehörten. Die Begutachtung durch den Wissenschaftsrat sieht berechtigterweise vom Kriterium der Kompatibilität nicht ab, denn das Ziel muß sein, in Deutschland ein in sich verträgliches System wissenschaftlicher Institutionen zu schaffen. Doch dreierlei ist anzufügen:

(a) Der Grundsatz der Kompatibilität erfordert Einpassung, nicht Anpassung. Es mag sehr gute Gründe geben, das westliche Modell nicht überall schlechtweg zu imitieren, sondern punktuell zu ergänzen, bzw. zu variieren.

(b) Wichtiger als das Kriterium der Kompatibilität ist das sehr viel leichter universalisierbare Kriterium der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit, von dem her in der Tat sehr grundsätzliche

Einwände gegen den institutionellen Status quo des aus der DDR überkommenen Wissenschaftssystems erhoben werden müssen, im Vergleich zur Leistungsfähigkeit der Wissenschaftssysteme in der alten Bundesrepublik und in anderen westlichen Ländern.

(c) Die derzeit ablaufende Begutachtung von Wissenschaftsinstitutionen in der ehemaligen DDR beglaubigt und pointiert die Kriterien, denen sie berechtigterweise verpflichtet ist. Nur um den Preis der Inkonsistenz und des Glaubwürdigkeitsverlustes könnte die zukünftige Begutachtung ähnlicher Institutionen in den westlichen Bundesländern von der Beachtung derart geschärfter Kriterien absehen. Die kritische Evaluation der Wissenschaft in der ehemaligen DDR wird für die Evaluation der Wissenschaft in den alten Bundesländern nicht folgenlos bleiben. Auch dort ist bekanntlich vieles nicht vollkommen.

Im außeruniversitären Sektor wird die institutionelle Umstrukturierung die unbedingt notwendige *personelle* Erneuerung und Durchmischung erleichtern. Hier kommt es sogar umgekehrt darauf an, zu verhindern, daß der notwendige Umbau zuviel personelle Diskontinuität mit sich bringt. So muß man etwa im Bereich der geisteswissenschaftlichen AdW-Institute zu erreichen versuchen, daß trotz der notwendigen tiefgreifenden institutionellen Reorganisation gleichwohl der qualifizierten Mehrheit der dort beschäftigten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ihren Qualifikationen entsprechende Weiterentwicklungsmöglichkeiten geboten und der ansonsten drohende Verlust wissenschaftlichen Potentials verhindert wird. Vor organisatorischen Neuansätzen zu diesem Zweck darf man nicht zurückscheuen, langfristig tragfähige Übergangslösungen sind unverzichtbar, die dafür nötigen Ressourcen werden hoffentlich zu mobilisieren sein.

Was die Universitäten betrifft, stellte der Einigungsvertrag nur die Alternative zwischen »Überführung« oder »Abwicklung« bereit, nicht aber die eigentlich notwendige Variante der »Umstrukturierung«. Blickt man auf die Geschichtswissenschaft, so scheint nur der entsprechende Fachbereich der Humboldt-Universität »abgewickelt« zu werden und damit die hoffentlich bald klug genutzte Chance zu haben, im notwendigen Ausmaß – aber ohne Kahlschlag gegenüber dem bisherigen Personal – personell erneuert zu werden. In den anderen Universitäten sind die geschichtswissenschaftlichen Fach-

bereiche gar nicht oder nur in kleinen, besonders politiknahen Teilen zur »Abwicklung« vorgesehen worden. Ob den neuen, demokratisch legitimierten, staatlichen Instanzen trotzdem noch Gestaltungs- und Erneuerungsspielraum verbleibt, kann man bezweifeln. Einmal »überführt«, werden Arbeitsplätze auch ohne Beamtenstatus relativ sicher.

Nur in extremen Fällen besonderer Selbstdiskreditierung oder eklatant fehlender Qualifikation wird man noch Korrekturen durchsetzen können. Auf die Selbstreinigungskraft kollegialer Gremien »von innen« darf man nicht zu sehr setzen. Jedes kollegiale Organ ist in der Regel überfordert, wenn es sich radikal amputieren und kurzfristig erneuern soll. Anstöße von »außen« sind nötig, von auswärtigen Mitgliedern der jeweiligen Wissenschaftlergemeinschaft im Berufungsprozeß und von seiten staatlicher Behörden bei der Restrukturierung. Die Klage der Universitäten, nun werde ihre Autonomie schon wieder abgeschafft, überzeugt nicht so recht. Im staatlich getragenen Bildungssystem fallen Strukturentscheidungen auch bei geltender Hochschulautonomie in den staatlichen Kompetenzbereich. Und was das Personelle betrifft: Wer stark heteronom rekrutierten und homogen zusammengesetzten Gremien von heute auf morgen Autonomie und damit faktisch das Recht auf Selbstkooptation überträgt, ermöglicht die Fortdauer der unter Heteronomiebedingungen entstandenen Homogenität und Einseitigkeit. – Niemand scheint den vollen Überblick zu besitzen und zu wissen, wie weit die Arbeit von internen Kommissionen, die Praxis der Vorruhestandsregelung, die Fluktuation als Folge von Strukturänderungen wirklich reichen. Aber der Eindruck herrscht vor, daß in den überwiegend nicht zur »Abwicklung« vorgesehenen Teilen der universitären Geisteswissenschaften mehr personelle Kontinuität droht, als es im Interesse wissenschaftlicher Qualität, innerer Glaubwürdigkeit und zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten wünschenswert wäre.

Was nun die *Inhalte und Methoden*, die Fragestellungen und Perspektiven der geschichtswissenschaftlichen Arbeit betrifft, so ist sehr viel in Bewegung und entzieht sich dem Überblick. Die grundsätzliche Selbstreflexion hat eingesetzt, jedenfalls in Ansätzen, zum Teil wirken ostdeutsche und westdeutsche Wissenschaftler dabei zusammen. Die in diesem Heft dokumentierte Veranstaltung bei der Historischen Kommission in Berlin im Dezember 1990 ist nur eines unter

zahlreichen Beispielen. Historiker in den östlichen Bundesländern nutzen die für viele von ihnen neuen Freiheiten und Möglichkeiten zu Kontakten und Reisen, Bibliotheks- und Archivbesuchen, neuerdings auch zu Anträgen auf zusätzliche Forschungsmittel und -aufenthalte bei den zuständigen Institutionen, Behörden und Stiftungen. Institute, Arbeitskreise, Projekte entstehen neu, diese oft in Zusammenarbeit mit westdeutschen Kollegen.

An Hindernissen und Behinderungen fehlt es zwar nicht: Existenzunsicherheit und Orientierungsschwierigkeiten im neuen, vergleichsweise wenig gegängelten wissenschaftlichen System, die ausgeprägte Ungleichheit zweier nur ganz allmählich zusammenwachsender wissenschaftlicher Kulturen, Verhaltensunsicherheiten auf beiden Seiten. Die Kommunikation hakt weiterhin an der formal nicht mehr bestehenden Grenze. Schon das Telefonieren ist ein Problem, selbst innerhalb Berlins. Und auch in der Erinnerung der Westdeutschen lebt die Vergangenheit weiter; man weiß, was der Kollege von »drüben« vor einigen Jahren geschrieben hat, und hört, was er heute sagt; die Divergenz muß man verarbeiten, nicht ohne sich glücklich zu schätzen, daß einem ähnliche Konsistenzprobleme erspart geblieben sind. Aber im ganzen nehmen die Verflechtungen zu, die Unterschiede schleifen sich allmählich ab, die alltägliche, ungemein dezentralisierte fachliche Arbeit ist das wichtigste Medium, in dem die tief eingegrabene Teilung allmählich wirklich überwunden, wenn auch nicht durch Einförmigkeit ersetzt wird. Nimmt die innere Vielfältigkeit zu?

Sicherlich in empirischer Hinsicht. Was die regionale Breite, das Spektrum der Fälle, die Buntheit der Beispiele betrifft, wird die entstehende gesamtdeutsche Geschichtswissenschaft reicher sein als die westdeutsche oder die ostdeutsche der letzten Jahrzehnte, jeweils für sich genommen. Das ist sehr zu begrüßen, ganz neue Forschungsgebiete eröffnen sich: in der Zeitgeschichte vor allem, aber auch durch Einbeziehung von Regionen, die einem bisher verschlossen waren oder fern lagen.

Dagegen ist – aus der Perspektive eines westlichen Historikers gesprochen – nicht recht zu sehen, daß die Vielfalt der Ansätze, der Paradigmen, der Theorien und Kontroversen durch Historiker aus der ehemaligen DDR erheblich bereichert würde. Nach dem Zusammenbruch der zwingenden marxistisch-leninistischen Interpretationsschemata – nachdem es möglich geworden

ist und aus vielen Gründen naheliegt, von ihnen abzurücken –, wenden sich viele Kollegen aus der ehemaligen DDR – auch die jüngeren – ganz entschieden dem kleinen Detail, der quellen nahen Untersuchung, der unverfänglichen Spezialfrage zu: eine sicher verständliche, aber nicht gerade aufregende Wendung zur strikten Empirie und manchmal auch zum Herkömmlichen. Mit dem, was die marxistische Tradition an Produktivem zweifellos enthielt, wird derzeit wenig gearbeitet, obwohl hier doch die Historiker aus der DDR gewisse komparative Vorteile haben könnten. War diese Tradition so wenig verwurzelt? Wird sie von der gegenwärtigen Verunsicherung zeitweise beiseite gedrückt? Oder ist sie wirklich am Ende?

Man ist auch darauf gespannt, wie sich die Kollegen aus den neuen Bundesländern an den großen Debatten beteiligen werden: über nationale Identität und deutschen »Sonderweg«, über das Verhältnis des neuen Deutschland zu seiner – gemeinsamen – Vergangenheit vor 1945 und die Bedeutung der Zäsur von 1945 im Vergleich zu der von 1989/90, über das Verhältnis von sozialistischer Tradition und diktatorischem Kommunismus, über Ähnlichkeiten und Unterschiede faschistischer und kommunistischer Diktaturen, aber auch über das Verhältnis von Struktur- und Erfahrungsgeschichte, über die postmoderne Herausforderung an die wissenschaftliche Rationalität und anderes mehr. Die intellektuelle Verarbeitung des Zusammenwachsenden steht auf beiden Seiten noch sehr am Anfang.

Anmerkungen

* Die nachfolgenden Thesen wurden auf einer Podiumsdiskussion über die Lage der Geschichtswissenschaft in der DDR auf dem Historikertag in Bochum am 27.9.1990 vorgelesen. Das Postskript wurde Anfang März 1991 hinzugefügt.

1 Ein in den westlichen Bundesländern bewährtes Programm, sehr gute Nachwuchswissenschaftler auf eigens dafür neu geschaffene Professuren zu berufen und ggf. dafür bestehende Professuren später wegfallen zu lassen, wenn ihre Inhaber ausscheiden.